



HESSISCHER LANDTAG

15. 03. 2016

INA

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Anhörung zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Mitte unserer Gesellschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag führt noch vor der Sommerpause eine Anhörung zur Verankerung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft und zu dem starken Abschneiden der Alternative für Deutschland bei den hessischen Kommunalwahlen am 6. März 2016 durch. Zusätzlich soll aufgezeigt werden, welche weiteren Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Hessen erforderlich sind.

Begründung:

Die Kommunalwahlen in Hessen am 6. März 2016 haben durch das starke Abschneiden der Alternative für Deutschland gezeigt, welches Wählerpotenzial eine rechtsgerichtete Partei in Hessen hat. Neben vielen Protestwählern, die die Politik der etablierten Parteien ablehnen, bedient die AfD einen in unserer Gesellschaft verankerten Rechtsextremismus. Sie macht lediglich mit menschenverachtenden Parolen auf sich aufmerksam und spaltet so die Gesellschaft. Der Landtag will sich intensiv mit dem Erstarken der rechtsgerichteten AfD in einer Anhörung befassen.

Die NPD und die Republikaner konnten dort, wo die AfD nicht zur Wahl stand, das Wählerklientel der AfD anscheinend zu großen Teilen binden. Das deutet darauf hin, dass die Übergänge in der Wählerschaft beider Parteien fließend sind. Es besteht die Gefahr, dass die rechts-extreme NPD diese regional guten Wahlergebnisse nutzt, um ihre Strukturen in Hessen wieder auszubauen.

Aber nicht nur die Kommunalwahlen haben demonstriert, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eine Rolle in unserer Gesellschaft spielen. Der enorme Anstieg von fremdenfeindlichen Straftaten in ganz Deutschland im vergangenen Jahr verdeutlicht den Handlungsbedarf in diesem Bereich.

Es müssen von der Politik wirksame Handlungskonzepte entwickelt werden, um dieser Tendenz entgegenzusteuern. Die aktuelle Situation bestärkt den Landtag, sich umfassend mit dem Thema der Verankerung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Hessen zu befassen.

Wiesbaden, 15. März 2016

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel